
73/PET XXV. GP

Eingebracht am 28.04.2016

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Petition

Abgeordnete/r zum Nationalrat

An Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien, Österreich

_____ Wien, am 28.4.16

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

In der Anlage überreiche ich/ überreichen wir Ihnen gem. §100 (1) GOG-NR die Petition betreffend Prüfung der Möglichkeit und Konsequenzen der Entkriminalisierung von assistiertem Suizid

Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Das österreichische Strafgesetz (StGB) fällt in die Kompetenz des Bundes

Dieses Anliegen wurde bis zur Einbringung im Nationalrat von 22,359 BürgerInnen unterstützt.

Mit der Bitte um geschäftsordnungsmäßige Behandlung dieser Petition verbleibe ich/verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Michael Pock

Anlage

Hinweis: Ggf. vorgelegte Unterschriftenlisten werden nach dem Ende der parlamentarischen Behandlung datenschutzkonform vernichtet bzw. gelöscht, soweit diese nicht nach den Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes zu archivieren sind.

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Prüfung der Möglichkeit und Konsequenzen der Entkriminalisierung von assistiertem Suizid



Wolfgang Obermüller, Mitglied des Vereins DIGNITAS, ersucht den Nationalrat die Entkriminalisierung von assistiertem Suizid zu diskutieren und deren Konsequenzen zu prüfen

Wolfgang Obermüller aus St. Johann in Tirol forderte in einer Petition auf der online Plattform change.org - gerichtet an das Österreichische Parlament, den Deutschen Bundestag und die Präsidenten beider Länder - die Ermöglichung von assistiertem Suizid. Bisher haben 22 359 Menschen beider Länder dieses Anliegen mit ihrer Unterschrift unterstützt.

The screenshot shows a petition on change.org with the following content:

Den Rechtsanspruch auf professionelle Sterbehilfe gesetzlich verankern!

Setzen Sie endlich den Willen von uns BürgerInnen um!

Professionelle Sterbehilfe / Assistierten Suizid ermöglichen!

Unser Ende gehört uns.

- Weil nicht nur unsere Haustiere das moralische Recht haben totfalls eingeschläfert zu werden.
- Weil es inhuman ist, Menschen, die wirklich nicht mehr wollen / können, leidvoll und langsam krepieren zu lassen.
- Weil die gegenwärtige Gesetzeslage / Praxis der Menschliche Entspricht.
- Weil es uns allen ein menschenwürdiges Ausgefallen sein, das Gefährnis das eigenen handlungsunfähigen Körper, die Hilfe auf Etwas ersparen kann.
- Weil es das Leid der Betroffenen und Angehörigen

On the right side, there is a 'Petition unterschreiben' section with a red 'Unterschreiben' button.

Quelle: <https://www.change.org/p/an-das-%C3%B6sterreichische-parlament-und-den-deutschen-bundestag-den-rechtsanspruch-auf-professionelle-sterbehilfe-gesetzlich-verankern>

Die Petition steht damit in einer Reihe mit ähnlich lautenden Anliegen im gesamten deutschsprachigen Raum. Nicht erst seit der Enquete „Würde am Ende des Lebens“ im Österreichischen Parlament ist daher davon auszugehen, dass es sich um ein Thema handelt, das die Österreichische Bevölkerung in den letzten Jahren zunehmend beschäftigt.

Es ist dabei festzuhalten, dass eine Entkriminalisierung assistierten Suizids das Thema nicht thematisch isoliert behandeln kann. Der Ausbau und die Verbesserung der Hospiz- sowie der palliativmedizinischen Versorgung (wie auch im Zuge der parlamentarischen Enquete 2015 im Konsens beschlossen) und eine offene Auseinandersetzung über selbstbestimmtes Lebensende schließen einander selbstverständlich nicht aus.

Die Bundesregierung wird daher ersucht:

- 1.) Die moralisch-ethischen und medizinischen Implikationen einer Entkriminalisierung von assistiertem Suizid zu diskutieren**
- 2.) Die Entkriminalisierung von assistiertem Suizid juristisch prüfen zu lassen**
- 3.) Die seit der Enquete „Würde am Ende des Lebens“ getroffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Hospiz- und palliativmedizinischen Versorgung zu präsentieren und, falls**
- 4.) die Umsetzung keiner der Verbesserungsmaßnahmen erfolgt ist, diese in die Wege zu leiten.**